A 22127 C

Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung 147

Bibliothek 1 Ex.
des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 15/78

Berlin 13. April 1978 45. Jahrgang

Bibliothek

Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung

Während noch vor nicht allzu langer Zeit die Meinung vorherrschte, das Problem der Arbeitslosigkeit sei im wesentlichen kurzfristiger Natur, wird nunmehr deutlich, daß auch auf mittlere Frist unter Status-quo-Bedingungen mit einer Rückkehr zur Vollbeschäftigung nicht zu rechnen ist. In den praktizierten wirtschaftspolitischen Strategien kommt dieser Wandel in der Einschätzung des Beschäftigungsproblems allerdings kaum zum Ausdruck. Zumeist wird daraus der Schluß gezogen, daß die Lösung dieses Problems die Leistungsfähigkeit des vorhandenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Instrumentariums bei weitem überfordere. Dies lassen sowohl Erklärungsversuche als auch die Therapievorschläge erkennen:

- In den Analysen dominieren Argumente, die die Wachstumsschwäche und die daraus folgende Unterbeschäftigung auf die verzerrte Relation von Lohnsätzen zu Renditen zurückführen, ohne daß überzeugend dargelegt wird, welche Entwicklungspfade zu erwarten wären, wenn die Zunahme der Reallöhne tatsächlich auf mittlere Frist sehr viel schwächer ausfiele als in der Vergangenheit.
- Im Einklang damit stehen die vorgeschlagenen wirtschaftspolitischen Strategien, deren Schwergewicht wieder auf kurzfristige Wirksamkeit verlagert wurde. Dabei wird indessen nicht berücksichtigt, daß wichtige Bestimmungsgrößen der längerfristigen Entwicklung anders verlaufen als in der Vergangenheit.

Wenn von veränderten Faktorpreisrelationen eine Lösung des Arbeitslosenproblems erwartet wird, dann stehen damit einzelwirtschaftliche Rentabilitätsüberlegungen im Vordergrund: Von verbesserten Renditen verspricht man sich eine Steigerung der Investitionsneigung der Unternehmen und damit mehr Arbeitsplätze. Erfolgreich kann eine solche Konzeption allerdings nur sein, wenn die Mehrproduktion auch – gewinnbringend – abgesetzt werden kann. Gehen die Entlastungen auf der Kostenseite nicht einher mit verbesserten Absatzerwartungen, so ist schwer einzusehen, was einen Unternehmer veranlassen könnte, auch bei verbesserter Ertragslage mehr zu investieren.

Bevölkerung und Erwerbsbeteiligung

Über einen längeren Zeitraum betrachtet war die Entwicklung in der Vergangenheit durch einen sich stetig ausweitenden Binnenmarkt geprägt. Real expandierten die Exporte etwa doppelt so rasch wie die Produktion für den Binnenmarkt. Zugleich wurde ein immer größerer Teil der Güterversorgung aus Importen gedeckt.

Diese verbesserte Versorgung einer zahlenmäßig wachsenden Bevölkerung war möglich, weil die sowohl relativ als auch absolut rückläufige Zahl der deutschen Erwerbstätigen in zunehmendem Maße durch ausländische Arbeitskräfte ergänzt wurde. Während die deutsche Bevölkerung zwischen 1962 und 1977 um 1,5 Mill. zunahm, verringerte sich die

Erwerbsbeteiligung der deutschen Bevölkerung 1975 und 1985
1000 Personen

Altersklasse	Bevölkerung			Erwerbspersonenpotential[1]		
	1975	1985	Differenz	1975	1985	Differenz
			Männer			
0 - 15	6 280	4 160	- 2 120	-	-	-
15 - 25	4 140	4 760	+ 620	2 470	2 330	- 140
25 - 60	12 090	13 320	+ 1 230	11 460	12 480	+ 1 020
60 - 65	1 380	1 260	- 120	850	690	- 160
65 u. älter	3 310	2 800	- 510	430	150	- 280
Insgesamt	27 200	26 300	- 900	15 210	15 650	+ 440
			Frauen			
0 - 15	5 990	3 970	- 2 020	-	-	-
15 - 25	3 940	4 560	+ 620	2 160	2 180	+ 20
25 - 35	3 610	3 900	+ 290	1 890	2 240	+ 350
35 - 60	9 510	9 380	- 130	4 570	4 850	+ 280
60 u. älter	7 580	7 570	- 10	680	420	- 260
Insgesamt	30 630	29 380	- 1 250	9 300	9 690	+ 390
			Männer und Frauen			
Insgesamt	57 830	55 680	- 2 150	24 510	25 340	+ 830

Berechnungen des DIW in Anlehnung an Ergebnisse des IAB.
1) Erwerbspersonen einschl. "Stille Reserve".

Zahl der deutschen Erwerbspersonen von 26,2 Mill. auf 24,6 Mill.

Während die Vergangenheit geprägt war von dem Bemühen, die Ausweitung der Pro-Kopf-Versorgung auch bei einem steigenden Anteil von Nicht-Erwerbspersonen sicherzustellen, so steht die Zukunft unter entgegengesetztem Vorzeichen: Änderungen im generativen Verhalten haben dazu geführt, daß die Zahl der deutschen Bevölkerung schon seit einigen Jahren zurückgeht. Da der Geburtenrückgang das Erwerbspotential zunächst nicht beeinflußt, kommt es noch bis Ende der achtziger Jahre zu einer Ausweitung des Potentials an Erwerbspersonen. Erst in der Zeit danach wird die Zahl der deutschen Erwerbspersonen kräftig zurückgehen.

Ausschlaggebend für die Veränderungen des deutschen Erwerbspersonenpotentials sind mehrere, zum Teil in gegenläufiger Richtung wirkende Faktoren:

- Das Gesamtergebnis wird zum weitaus überwiegenden Teil durch die Ausweitung des Erwerbspersonenpotentials bei den 25—60jährigen Männern bestimmt; die Bevölkerungszunahme in dieser Gruppe beträgt 1,2 Mill.
- Auch bei den 25 bis 35jährigen Frauen ist die Bevölkerungszunahme von 0,3 Mill. ein wichtiger Faktor für die Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials. Hinzu kommt hier aber auch die weitere Zunahme der Bereitschaft zur Beteiligung am Erwerbsleben, die stärker noch ausgeprägt ist bei den Frauen in der Altersgruppe von 35 bis 60 Jahren. Diese veränderten Verhaltensweisen der Frau werden mitbestimmt durch die verbesserten Bildungschancen sowie die Entlastung aufgrund des Geburtenrückgangs.
- Außer bei den 25 bis 60jährigen Frauen mindert das Erwerbsverhalten in allen übrigen Altersgruppen beiderlei Geschlechts das Erwerbspersonenpotential. Diese Effekte sind am stärksten bei den 15 bis 25jährigen, verursacht durch den weiter, wenn auch verlangsamt zunehmenden Anteil der vom Bildungssektor absorbierten Personen. Erheblich sind sie aber auch bei den über 60jährigen Männern, mitbedingt durch die im Vergleich zu 1975 verstärkte Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze.

Die Veränderungen der wirtschaftlichen Lage haben dazu geführt, daß von 1974 an die Zahl der

Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt, Einfuhr und Erwerbstätige in den Bereichen der Endnachfrage

Bereich	Endnachfrage			Arbeitsproduktivität	Erwerbstätige
	Insgesamt	davon			
		Einfuhr[1]	Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt		
	Mrd. DM zu Preisen von 1970			DM	1000 Personen
			1962		
Privater Verbrauch	253,0	37,8	215,2	16 810	12 800
Öffentl. Verbrauch	81,8	6,9	74,9	19 300	3 880
Investitionen	127,8	12,5	115,3	18 390	6 270
Ausfuhr[1]	72,4	7,3	65,1	18 180	3 580
Insgesamt	535,0	64,5	470,5	17 730	26 530
			1972		
Privater Verbrauch	402,2	83,0	319,2	28 070	11 370
Öffentl. Verbrauch	120,3	12,1	108,2	23 940	4 520
Investitionen	193,7	33,5	160,2	26 610	6 020
Ausfuhr[1]	161,5	22,8	138,7	29 700	4 670
Insgesamt	877,7	151,4	726,3	27 330	26 580
			1977		
Privater Verbrauch	452,3	103,2	349,1	34 360	10 160
Öffentl. Verbrauch	142,6	15,9	126,7	25 800	4 910
Investitionen	187,1	39,5	147,6	30 690	4 810
Ausfuhr[1]	221,1	36,4	184,7	36 650	5 040
Insgesamt	1 003,1	195,0	808,1	32 430	24 920

Berechnungen des DIW.
1) Ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

ausländischen Arbeitskräfte abgenommen hat. Die gleichzeitig noch gestiegene Zahl der Familienangehörigen deutet jedoch darauf hin, daß ein weiterer Rückgang nur denkbar wäre, wenn in verstärktem Maße auch Ausländerfamilien zur Abwanderung gezwungen würden, die unter günstigeren Bedingungen in der Bundesrepublik auf Dauer ansässig geworden wären. Hemmend auf die weitere Abwanderung wird sich auch auswirken, daß die von Ausländern besetzten Arbeitsplätze aus verschiedenen Gründen nicht ohne weiteres aus dem Reservoir an deutschen Arbeitskräften besetzt werden können. Die hier angenommene Zahl von 1,5 Mill. ausländischen Arbeitskräften im Jahre 1985 wird man unter diesen Umständen als absolute Untergrenze ansehen müssen.

Nachfrage nach Arbeitskräften

Eine rückläufige Bevölkerungszahl, deren Zusammensetzung sich zudem noch erheblich wandelt, verändert zwangsläufig die Perspektiven der künftigen Nachfrage nach Gütern und Diensten und damit das Angebot an Arbeitsplätzen. Erschwert wird die Lösung des Beschäftigungsproblems auf mittlere Frist auch dadurch, daß die Umkehr bei der Entwicklung des Angebots an Arbeitskräften im Jahre 1975 gerade in eine Periode fiel, in der die deutsche Wirtschaft aus Gründen, die mit der strukturellen Anpassung an veränderte Wechselkursrelationen und der Verteuerung von Energie und Rohstoffen zu tun haben, aber auch konjunktureller Natur waren, die Zahl ihrer Beschäftigten erheblich abgebaut hat. Die vorangegangene Stagnationsphase der Investitionen im Unternehmensbereich in den Jahren 1972 und 1973 mündete somit nicht in einen erneuten Aufschwung ein, sondern wurde durch einen in dieser Größenordnung bisher nicht gekannten Einbruch im Investitionsniveau abgelöst. Erst im vergangenen Jahr wurde wieder ebensoviel investiert wie im Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1973. Die Folge dieses Schrumpfungsprozesses war eine Halbierung

der Wachstumsrate des Produktionspotentials von 5 vH 1971 auf 2 vH 1977.

Welche Konsequenzen sich für den Arbeitsmarkt aus den veränderten Wachstumsbedingungen für die Komponenten der Endnachfrage ergeben, läßt sich verdeutlichen, wenn Einfuhr, inländische Produktion und Arbeitskräfte den jeweiligen Endnachfragebereichen zugerechnet werden. Eine solche Zurechnung ist auf der Basis der Input-Output-Tabellen des DIW durchgeführt worden[1]. Für die Zwecke dieser Untersuchung wurden diese Ergebnisse behelfsmäßig an die revidierte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu Preisen von 1970 angepaßt und über das Jahr 1972 hinaus bis 1977 fortgeschrieben.

Die Ergebnisse zeigen, daß die Zahl der Erwerbstätigen, die direkt oder indirekt der Produktion von Gütern für den privaten Verbrauch zuzurechnen sind, kontinuierlich zurückgegangen ist. Waren es 1962 noch fast 13 Mill., so sind es gegenwärtig kaum mehr als 10 Mill. Auch für die Produktion von Investitionen werden heute rund 1,5 Mill. Arbeitskräfte weniger eingesetzt als 1962. Dies ist jedoch fast ausschließlich eine Folge der Investitionsabschwächung in den Jahren 1972 bis 1975. Zuvor war der Rückgang mit 0,3 Mill. in 10 Jahren nur unerheblich.

Der Einbruch bei der inländischen Investitionsgüternachfrage führte zu dem abrupten Beschäftigungsrückgang in den Jahren 1974 und 1975. Dagegen hat die Zahl der für den Export arbeitenden Erwerbstätigen kontinuierlich zugenommen. Bis 1975 gilt dies auch für die dem öffentlichen Bereich zugerechneten Erwerbstätigen, deren Zahl lediglich zwischen 1975 und 1977 stagniert hat. Einbezogen sind hier, wie auch bei den anderen Verwendungsbereichen, nicht nur die unmittelbar der Produktion zurechenbaren Erwerbstätigen, sondern auch Beschäftigte in denjenigen Branchen, die Vorleistungen liefern, in diesem Fall also für Sachgüter an den Staat.

Arbeitsmarktperspektiven 1985 unter Status-quo-Bedingungen

Die Zuordnung der Erwerbstätigen zu den Nachfragebereichen erlaubt es, aus Prognosen der Nachfrage die Zahl der Erwerbstätigen abzuleiten, die erforderlich ist, damit diese Nachfrage befriedigt werden kann. Ebenso lassen sich Programme zur Belebung der Nachfrage auf ihre Beschäftigungswirkungen hin untersuchen. In einem der letzten Wochenberichte ist eine solche Modellrechnung durchgeführt worden, in der gezeigt werden konnte, daß die bisherigen Konjunkturprogramme lediglich Beschäftigungseffekte in der Größenordnung von 200 000 Erwerbstätigen haben, wobei nicht sichergestellt ist, daß diese Wirkungen auch über die Laufzeit der Programme hinaus anhalten[2].

Hier soll nun der Versuch unternommen werden, die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bis 1985 zunächst unter denjenigen Bedingungen zu prognostizieren, die zu erwarten sind, wenn keine weiteren wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Belebung der Nachfrage ergriffen werden. Wie nicht anders zu erwarten, führt eine solche Prognose — in Übereinstimmung mit anderen — zu dem Resultat, daß sich die Beschäftigungsprobleme drastisch verschärfen werden. Zugleich eröffnet diese Betrachtungsweise aber auch die Möglichkeit, die Größenordnung eines den anstehenden Beschäftigungsproblemen angemessenen Programmpakets zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung — einschließlich seiner Folgewirkungen — zumindest in Umrissen zu quantifizieren.

Von dem Trendbruch in der Bevölkerungsentwicklung unmittelbar betroffen werden dürfte in erster Linie der künftige Anstieg des privaten Verbrauchs. Bis zum Beginn der 70er Jahre lag das Wachstum des Pro-Kopf-Verbrauchs nahe bei 4 vH. In den Jahren nach 1972 flachte sich die Zunahme auf nicht mehr als 2 vH ab. Lediglich Sonderfaktoren (Auszahlung von Sparprämien, Steuersenkungen) haben dazu geführt, daß der Pro-Kopf-Verbrauch in den letzten beiden Jahren mit 3,8 vH fast ebenso rasch zugenommen hat wie in den sechziger Jahren. Für die Zukunft wurde hier mit einem Anstieg von 3 vH je Einwohner im Jahresdurchschnitt gerechnet. Für den gesamten privaten Verbrauch ergibt sich damit ein jährlicher Zuwachs von 2,4 vH im Zeitraum 1977 bis 1985.

Der Umfang der Nachfrage des Staates hängt davon ab, wie sich sein Personalbestand und die zur Produktion staatlicher Leistungen erforderlichen Käufe von Gütern und Diensten entwickeln und wie hoch die Ausgaben des Staates für den Ausbau der Infrastruktur sein werden. Hier wurde angenommen, daß der Staat die Zahl seiner Beschäftigten um 0,5 vH jährlich ausweitet und sein Investitionsvolumen im gleichen Tempo zunehmen wird wie das reale Bruttosozialprodukt. Bei diesen Annahmen ergibt sich für den öffentlichen Verbrauch eine jahresdurchschnittliche Wachstumsrate von 2 vH, nur geringfügig mehr als im Durchschnitt der durch eine restriktive Haushaltsführung gekennzeichneten Jahre

---

[1] R. Stäglin u. Mitarbeiter, Weiterentwicklung der Input-Output-Rechnung als Instrument der Arbeitsmarktanalysen. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nr. 13, Nürnberg 1977.

[2] Vgl. Gefahr steigender Arbeitslosigkeit durch die bisherigen Konjunkturprogramme nicht gebannt. Bearb.: Arbeitskreis Arbeitsmarktperspektiven. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 2/1978.

Kennziffern zur Entwicklung des Produktionspotentials im Unternehmensbereich [1])

	Einheit	1962	1972	1975	1976	1977	1985 Status quo
		Absolute Zahlen					
Bruttoanlageinvestitionen[2])	Mrd. DM zu Preisen von 1970	66,0	106,0	93,3	100,1	104,7	133
Bruttoanlagevermögen[3])		732	1 304	1 496	1 552	1 609	2 054
Kapitalkoeffizient[4])		1,68	1,91	1,98	2,01	2,04	2,26
Produktionspotential	Mrd. DM zu Preisen von 1970	437	684	757	773	789	910
Bruttowertschöpfung		380,2	588,5	592,8	629,7	646	792
Auslastung des Produktionspotentials	vH	87,0	86,0	79,0	81,5	82	87
		Jahresdurchschnittliche Veränderung gegenüber dem jeweiligen Bezugsjahr in vH					
Bruttoanlageinvestitionen		.	4,9	-4,2	7,5	4,5	3
Bruttoanlagevermögen		.	5,9	4,7	3,7	3,7	3
Kapitalkoeffizient		.	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
Produktionspotential		.	4,6	3,4	2,1	2,1	1,8
Bruttowertschöpfung		.	4,5	0,2	6,2	2,6	2,6

1) Land- und Forstwirtschaft, Warenproduzierendes Gewerbe, Handel, Verkehr und Dienstleistungen, jedoch ohne Wohnungsvermietung.- 2) Ohne Berücksichtigung der Transaktionen an vorhandenen Bauten.- 3) Bis 1977 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, Jahresdurchschnittswerte.- 4) Bruttoanlagevermögen je Potentialeinheit.

1976 und 1977. Im Vergleich zu der Entwicklung von 1960 bis 1975, einer Periode, in der der Staat die Zahl seiner Beschäftigten um rund 100 000 jährlich ausgeweitet hat, werden es künftig unter Status-quo-Bedingungen im Jahresdurchschnitt allenfalls 20 000 Personen sein.

Für den Wohnungsbau wurde unterstellt, daß das Volumen der Bautätigkeit 1985 um 2 Mrd. DM über dem 1977 erreichten Niveau liegt.

Der Prognose der Investitionstätigkeit der Unternehmen liegt die Hypothese zugrunde, daß bei einem unveränderten Trend des Kapitalkoeffizienten so viel investiert wird, daß 1985 keine nennenswerten Überkapazitäten mehr existieren. Das Niveau der Vollauslastung wurde mit 87 vH allerdings um 2 Prozentpunkte niedriger angesetzt als in früheren Jahren der Vollauslastung. Für den gesamten Unternehmensbereich (ohne Wohnungsvermietung) verbleibt bei diesen Annahmen für 1977 immer noch eine Auslastungsreserve von etwa 5 Prozentpunkten. In der Industrie ist diese Reserve allerdings wesentlich geringer.

Überschlägige Berechnungen zeigen, daß die Unternehmen dieses Ziel schon dann erreichen, wenn ihre Produktionskapazitäten bis 1985 im Jahresdurchschnitt um weniger als 2 vH zunehmen. Bei einem im Vergleich zu der Entwicklung in der Vergangenheit als unverändert angenommenen Anstieg des Kapitalkoeffizienten um 1,3 vH im Jahresdurchschnitt ist dies gleichbedeutend mit einer weiteren Verlangsamung der Zunahme des Kapitalstocks von 3,7 vH in den Jahren 1976 und 1977 auf 3 vH. Bei dem Altersaufbau des Anlagevermögens ergibt sich daraus ein jährliches Investitionswachstum von ebenfalls 3 vH.

Um die Wirkungen der Nachfrage auf die Einfuhr abschätzen zu können, ist es erforderlich, neben den inländischen Verwendungsbereichen auch die Ausfuhr zu prognostizieren. Angesichts der Fülle von Einflußfaktoren, die hier eine Rolle spielen, ist in diesem Zusammenhang nur eine Vorgabe möglich, die sich an der Entwicklung nach 1973 orientiert. Hier wurde mit einer Zunahme von jährlich 4 vH gerechnet. Diese Rate liegt um einen Prozentpunkt unter dem Jahresdurchschnitt 1974 bis 1977 und entspricht etwa den gegenwärtigen Vorstellungen für die Jahre 1978 und 1979.

Dem methodischen Ansatz für die Vergangenheit entsprechend wurde auch die den einzelnen Nachfragebereichen zurechenbare Einfuhr getrennt prognostiziert. Als Anhaltspunkt für die Prognose diente die Entwicklung der bereichsspezifischen Einfuhrelastizitäten. Werden von dem jeweiligen Nachfragevolumen die Einfuhrbeträge abgesetzt, so ergibt sich die inländische Produktion als Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt, der den einzelnen Nachfragebereichen zugerechnet werden kann[3].

[3] Wird die Ausfuhr mit der gesamten Einfuhr saldiert, so ergibt sich unter Status-quo-Bedingungen für 1985 ein Außenbeitrag von 40 Mrd. DM, das sind 4 vH des BIP. Unter diesen Umständen ist es unabdingbar, den Forderungen nach einer Ausweitung der Entwicklungshilfe stärker als bisher zu entsprechen.

Bei einem Wachstumspfad von 2,5 vH für das Bruttoinlandsprodukt, der sich aus dieser Entwicklung in den einzelnen Nachfragebereichen errechnet, finden auch bei einem abgeschwächten Wachstum der Arbeitsproduktivität 1985 weniger Erwerbstätige einen Arbeitsplatz als 1977 beschäftigt waren. Vor der Energiekrise hat das Produktionsergebnis je Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt um über 4 vH zugenommen. Auch in den vier Jahren nach der Energiekrise wurde bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit noch ein Zuwachs von jährlich 3,2 vH erreicht. Spielraum für Produktivitätsfortschritte ohne gleichzeitigen Ausbau der Produktionskapazität bieten auch die immer noch vorhandenen Auslastungsreserven.

Wenn hier dennoch eine Abflachung des Produktivitätswachstums um etwas weniger als einen halben Prozentpunkt angenommen wurde, dann deshalb, um dem sich vermutlich verstärkenden Trend zur Arbeitszeitverkürzung Rechnung zu tragen. Eine derartige Auswirkung von Arbeitszeitverkürzungen — sei es in Form eines verlängerten Urlaubs, einer verkürzten Wochenarbeitszeit oder verstärkter Teilzeitbeschäftigung — auf die Produktionsleistung je Erwerbstätigen ist allerdings nur zu erwarten, wenn diese Arbeitszeitverkürzungen über den bisher beobachteten Trend hinausgehen.

In der Vergangenheit hat es nicht unerhebliche Arbeitszeitverkürzungen gegeben. Nach Berechnungen des IAB hat sich die jährliche Arbeitszeit langfristig von durchschnittlich 2 154 Arbeitsstunden im Jahr 1960 um 1,1 vH jährlich verkürzt[4]. Bleibt es bei dieser Entwicklung, dann wird sich die Jahresarbeitszeit im Jahr 1985 auf 89 vH des Standes von 1975 verringert haben. Bei 215 effektiven Arbeitstagen im Jahr 1975 werden es dann 1985 nur noch 191 Tage sein. Nur das, was über diese Trendkomponente der Arbeitszeitverkürzung von 24 Tagen hinausgeht, mindert auch die ansonsten zu erwartende Entwicklung der Produktionsleistung je Erwerbstätigen.

Nimmt man an, daß sich die Struktur der auf 2,8 vH verminderten Zunahme der Arbeitsproduktivität im Vergleich zu der Entwicklung in der Vergangenheit nicht wesentlich verändert, so ergibt sich das in Tabelle 4 dargestellte Bild:

- Im Vergleich zu 1977 werden 1985 insgesamt 700 000 Arbeitskräfte weniger benötigt.
- Zur Produktion von Gütern und Diensten für den privaten Verbrauch und der diesem Nachfragebereich zurechenbaren Vorleistungen sind 9,3 Mill. Arbeitskräfte erforderlich, rund 0,9 Mill. weniger als 1977. Während der Rückgang von 1972 bis 1977 noch 250 000 im Jahresdurchschnitt betrug, werden es künftig jährlich nur rund 100 000 sein.

Komponenten der Arbeitsmarktbilanz
Mill. Personen

	1962	1972	1975	1976	1977	1985 Status quo
	Angebot von Arbeitskräften[1]					
Erwerbspersonenpotential[2] insgesamt, davon	26,8	27,0	26,9	26,8	26,7	26,8
Deutsche	26,2	24,7	24,5	24,6	24,6	25,3
Ausländer	0,6	2,3	2,4	2,2	2,1	1,5
	Nachfrage nach Arbeitskräften[3]					
Erwerbstätige insgesamt	26,5	26,6	25,3	25,0	24,9	24,2
davon für Nachfragebereich						
Privater Verbrauch	12,8	11,4	.	.	10,2	9,3
Öffentl.Verbrauch	3,9	4,5	.	.	4,9	5,0
Investitionen	6,3	6,0	.	.	4,8	4,7
Ausfuhr	3,6	4,7	.	.	5,0	5,2
	Erwerbspersonenpotential ohne Arbeitsplatz					
Insgesamt	0,3	0,4	1,6	1,8	1,8	2,6
davon						
Arbeitslose	0,1	0,2	1,1	1,1	1,1	.
"Stille Reserve"[4]	0,2	0,2	0,5	0,7	0,7	.

Abweichungen durch Runden der Zahlen bedingt.

1) Inländerkonzept. Bis 1977 Angaben des IAB; das deutsche Erwerbspersonenpotential für 1985 wurde in Anlehnung an Ergebnisse des IAB geschätzt.- 2) Erwerbspersonen einschl.der "stillen Reserve".- 3) Inlandskonzept.- 4) Einschl. des Auspendlerüberschusses in Höhe von z.Zt. rund 50 000.

- Auch wenn die Zahl der beim Staat Beschäftigten schwächer zunehmen wird als in der Vergangenheit, ist damit zu rechnen, daß der Anteil der Sachkäufe am öffentlichen Verbrauch weiter ansteigt. Die damit verbundene Zunahme der Produktion von Gütern und Diensten wird jedoch weitgehend ausgeglichen durch den Produktivitätsanstieg bei den Lieferanten. Per Saldo sind dem gesamten öffentlichen Verbrauch im Vergleich zu 1977 daher nur so viele Erwerbstätige mehr zuzurechnen, wie die Ausweitung seines Personalbestandes ausmacht.
- Der beträchtliche Rückgang der dem Investitionsbereich zurechenbaren Erwerbstätigen in den letzten fünf Jahren (— 1,2 Mill.) wird sich nur sehr abgeschwächt fortsetzen: 1985 werden für diesen Bereich etwa 100 000 Personen weniger tätig sein als 1975.
- Wie schon in den letzten fünf Jahren wird auch künftig lediglich die Zahl derjenigen Erwerbstätigen steigen, die dem Export zugerechnet werden können. Jährlich werden es etwa 25 000 Personen mehr sein, eine Zunahme, die allerdings sehr viel geringer ist als in den letzten Jahren.

[4] Vgl. H.-U. Bach, H. Kohler, L. Reyher, B. Teriet, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen in der Bundesrepublik Deutschland 1960—1975. In: Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1977. Heft 1, S. 27.

Stellt man die Nachfrage nach Arbeitskräften unter Status-quo-Bedingungen dem Angebot an Erwerbspersonen im Jahre 1985 gegenüber, so wird deutlich, daß sich die Schere zwischen der Zahl der Personen, die einen Arbeitsplatz suchen, und der Nachfrage nach Arbeitskräften weiter öffnen wird. Nimmt die Nachfrage nicht rascher zu als hier angenommen wurde, so ist zu befürchten, daß wir 1985 2,6 Mill. Arbeitssuchende ohne einen Arbeitsplatz und damit kaum weniger als 2 Mill. Arbeitslose haben werden.

Der Weg zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung

Eine solche Entwicklung wird aus wirtschaftspolitischen und allgemein gesellschaftspolitischen Gründen nicht hingenommen werden können. Für jede Regierung stellt sich somit die Frage nach Strategien zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Bereits eingangs ist darauf hingewiesen worden, daß autonome Kräfte diesen Prozeß nicht in Gang bringen werden:

- die Investitionen der Unternehmen so lange nicht, wie keine ausreichende Nachfrage für den Absatz der mit zusätzlichen Investitionen geschaffenen Kapazitäten in Sicht ist;
- die Zunahme des Exports nicht, weil ohne Störungen des Systems der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung verstärkte Exporte durch zusätzliche Importe aufgewogen werden müssen.

Häufig wird argumentiert, autonome Investitionsimpulse im Unternehmensbereich, induziert durch Erlösverbesserungen, würden schon von sich aus einen Prozeß der Selbstheilung auslösen. Neben der Kapitalrentabilität als Stimulans wird dabei auf die Multiplikatorwirkungen im Bereich des privaten Verbrauchs gesetzt. Die Minderungen durch vermehrte Ersparnisbildung, zusätzliche Importe und Transferzahlungen an den Staat sind jedoch so groß, daß dieser Effekt nicht ausreicht, um die Kapazität der in diesem Fall erforderlichen autonomen Investitionen auszulasten. Hinzu kommt, daß der Expansionspfad des Pro-Kopf-Verbrauchs nicht beliebig nach oben verschoben werden kann. Steuerlichen Erleichterungen, die unmittelbar auf den privaten Verbrauch wirken, sind daher auch von dieser Seite Grenzen gesetzt.

Ohne die Erschließung neuer Nachfragebereiche kommen Strategien zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung deshalb nicht aus. Sie müssen das fortsetzen, was im Programm für Zukunftsinvestitionen vorgezeichnet wurde. Die erforderlichen Größenordnungen setzen jedoch voraus, daß die Ziele weiter gesteckt und Aufgaben in Angriff genommen werden, deren Größenordnung vergleichbar ist mit den Programmen zur Wiederherstellung einer angemessenen Wohnungsversorgung in den fünfziger und sechziger Jahren. Es ist an dieser Stelle bereits vor mehr als einem Jahr darauf hingewiesen worden, daß

- die Wiedergewinnung und Verbesserung der Umweltqualität und
- der Ausbau der Lebensqualität unserer Städte

solche weitgesteckten Ziele sein könnten[5]. Den gleichen Rang haben Maßnahmen

- zur Durchsetzung neuer Technologien zur rationellen Verwendung von Energie und Rohstoffen und zur Anwendung alternativer Energie- und Rohstoffquellen,
- zur Integration und besseren Versorgung von benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaft.

Die Größenordnung, die an diesen Zielen orientierte Programme zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung haben müssen, ist mit dem methodischen Rüstzeug, das bereits für die Berechnung von Beschäftigungswirkungen der bisherigen Konjunktur- und Wachstumsprogramme Anwendung gefunden hat, ermittelt worden. Dabei wurde von den gleichen technologischen Bedingungen für 1985 ausgegangen wie in der Status-quo-Prognose. Eine Beschleunigung des Anstiegs der Arbeitsproduktivität, die im allgemeinen mit einem verstärkten Wachstum verbunden ist, wurde also nicht angenommen. Insofern bewegen sich die errechneten Beträge für die Programme und ihre Folgewirkungen an der unteren Grenze des Erforderlichen.

Sollen plausible Werte für den Anstieg des Pro-Kopf-Verbrauchs nicht überschritten werden, so muß das Programm zur Initialzündung zwangsläufig beim Investitionsbereich — und mit geringerem Gewicht — beim öffentlichen Verbrauch ansetzen. Damit ist der private Verbrauch zwar als Teil des Programmpakets ausgeklammert, nicht jedoch aus den Programmwirkungen: Die von jedem Programm zur Wachstumsbelebung ausgehenden Sekundäreffekte sind groß genug, um auch die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Verbrauchs deutlich ansteigen zu lassen.

Von der Investitionsnachfrage kommen wiederum nur diejenigen Bereiche in Betracht, deren Aktivitäten auf die Lösung bisher nicht oder nicht ausreichend in Angriff genommener Aufgaben gerichtet sind und über die weitgehendes Einvernehmen der gesellschaftlichen Gruppen hergestellt werden kann.

---

[5] Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1977. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 3—4/1977, S. 30.

Umfang von Zukunftsinvestitionsprogrammen zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung
Mrd. DM zu Preisen von 1970

	Kumulierte Werte für den Zeitraum von 1978/79 bis 1985			davon 1985		
	Insgesamt	inländische Produktion	Einfuhr	Insgesamt	inländische Produktion	Einfuhr
Zusätzliche Nachfrage	380	295	85	92	72	20
davon						
autonom (Programm)	130	120	10	30	28	2
induziert	250	175	75	62	44	18
davon						
Multiplikatorwirkungen	95	72	23	25	19	6
Akzeleratorwirkungen	146	95	51	35	23	12
Vorratsveränderung	9	8	1	2	2	-

Ob diese Investitionen in privater oder in öffentlicher Regie getätigt werden, ist dabei im Prinzip gleichgültig. Ihre Finanzierung oder zumindest Vorfinanzierung wird allerdings in jedem Fall die öffentlichen Haushalte belasten, wie das über Jahrzehnte im Wohnungsbau der Fall war. Privatwirtschaftliche Rentabilität versprechen derartige Investitionen in der Mehrzahl der Fälle und für lange Zeit jedenfalls nicht. Hier wurde unterstellt, daß entweder die öffentlichen Haushalte selbst als Investor auftreten oder aber die Finanzierung übernehmen (wohnungswirksame Investitionen im Bereich der Stadtsanierung und der Energieeinsparung). Es sind aber, wie gesagt, auch andere Wege denkbar.

Die Berechnungen ergeben, daß die Programme so dimensioniert werden müssen, daß 1985 eine Nachfragelücke von 92 Mrd. DM geschlossen wird. Damit würden Arbeitsplätze für 1,9 Mill. zusätzliche Arbeitskräfte geschaffen werden können.

Akzeleratorwirkungen des Programms zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung im Unternehmensbereich 1)

	Einheit	1985		
		status quo	Programmwirkungen	Insgesamt
		Absolute Zahlen		
Bruttoanlageinvestitionen 2)	Mrd. DM zu Preisen von 1970	133	35	168
Bruttoanlagevermögen 3)		2 054	146	2 200
Kapitalkoeffizient 4)			2,26	
Produktionspotential	Mrd. DM zu Preisen von 1970	910	63	973
Bruttowertschöpfung		792	56	848
Auslastung des Produktionspotentials	vH		87	
		Jahresdurchschnittliche Veränderung gegenüber 1977 in vH		
Bruttoanlageinvestitionen		3	.	6
Bruttoanlagevermögen		3	.	4
Kapitalkoeffizient		1,3	.	1,3
Produktionspotential		1,8	.	2,7
Bruttowertschöpfung		2,6	.	3,5

1) Land- und Forstwirtschaft, Warenproduzierendes Gewerbe, Handel, Verkehr und Dienstleistungen, jedoch ohne Wohnungsvermietung.- 2) Ohne Berücksichtigung der Transaktionen an vorhandenen Bauten.- 3) Jahresdurchschnitt.- 4) Bruttoanlagevermögen je Potentialeinheit.

Von diesen 92 Mrd. DM brauchten 1985 allerdings nur 30 Mrd. DM in Form autonomer Programme eingesetzt zu werden[6]. Weitere 25 Mrd. DM würden bei dem privaten Verbrauch induziert werden (Multiplikatorwirkung) und weitere 35 Mrd. DM an zusätzlichen Anlageinvestitionen im Unternehmensbereich, um die Kapazitäten an das erhöhte Niveau der Nachfrage anzupassen (Akzeleratorwirkung).

Damit sind jedoch nur die Dimensionen des Programmpakets für 1985 bestimmt. Um die gesamte Nachfragelücke zu schließen, ist für den gesamten Zeitraum bis 1985, beginnend in den Jahren 1978/79, ein Programmpaket in der Größenordnung von 130 Mrd. DM — zu Preisen von 1970 gerechnet — erforderlich. Davon können insgesamt zusätzliche private Verbrauchsausgaben in Höhe von 95 Mrd. DM (Multiplikatorwirkung) sowie zusätzliche Anlageinvestitionen im Unternehmensbereich von 146 Mrd. DM (Akzeleratorwirkung) erwartet werden. Hinzu kommt ein erhöhter Vorratsbedarf in Höhe von 9 Mrd. DM für den gesamten Zeitraum.

Wie man den Realitätsgehalt eines solchen Programmpaketes zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung zu beurteilen hat, läßt sich am besten durch einen Vergleich der Entwicklungpfade für die von einem solchen Programmpaket betroffenen Nachfragebereiche zeigen. Um 1985 autonome Nachfrage in Höhe von 30 Mrd. DM zu mobilisieren, müssen, den hier getroffenen Annahmen entsprechend,

- die staatlichen Investitionen,
- die Investitionen in Wohnungen und
- der öffentliche Verbrauch

jeweils um 10 Mrd. DM angehoben werden. Dies bedeutet, daß die staatlichen Investitionen statt um 2,5 vH um 5 bis 6 vH und der Wohnungsbau statt um 0,5 vH um etwa 3 vH jährlich zunehmen und der öffentliche Verbrauch statt um 2 vH um 2,7 vH ausgeweitet werden müssen[7].

Faßt man autonome und induzierte Wirkungen beim privaten Verbrauch zusammen, so ergibt sich eine Beschleunigung des Wachstumstempos für diesen Nachfragebereich von 2,4 auf 3,0 vH. Pro Kopf gerechnet sind das 3,6 vH im Jahresdurchschnitt und damit kaum weniger als in den sechziger Jahren.

Um die zusätzlichen Kapazitäten für die insgesamt erforderliche Mehrproduktion bereitzustellen, müßte sich das Wachstumstempo der Investitionen im Unternehmensbereich von 3 vH auf 6 vH verdoppeln. Insgesamt ergibt sich eine Beschleunigung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumspfades um nicht ganz 1 Prozentpunkt.

Im Rahmen dieser Untersuchung ist es nicht möglich, die zeitliche Verteilung eines solchen Programms im einzelnen anzugeben. Dazu wäre es erforderlich, den Verlauf der Wirtschaftstätigkeit bis 1985 genau zu untersuchen. Dennoch kann gesagt werden, daß ein solches Programm nur dann erfolgversprechend sein wird, wenn schon zu Beginn erhebliche Mittel eingesetzt werden, damit die notwendigen Multiplikator- und Akzeleratoreffekte ausgelöst werden. Auch wenn rasch gehandelt wird, ist 1978 kaum mit produktionswirksamen Effekten zu rechnen. Dazu ist die Anlaufzeit von Programmen dieser Dimensionen zu groß. Notwendig ist jedoch, schon 1979 zusätzlich zu den laufenden Ausgaben aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen beträchtliche Teile aus dem hier vorgeschlagenen Programmpaket zu realisieren.

Unterstellt man für das Programm in seiner Gesamtheit eine vollständige Finanzierung durch die öffentlichen Haushalte, so würde sich der auf den Staat entfallende Anteil an der Verwendung der inländischen Produktion zu Preisen von 1970 (öffentlicher Verbrauch plus Investitionen des Staates plus 10 Mrd. DM zusätzliche Investitionen im Wohnungsbau) im Vergleich zu 1977 um etwa 1 Prozentpunkt von 21,2 vH (1977) auf 22 vH erhöhen.

Da es für die gesellschaftspolitische Bewertung dieses Staatsanteils nicht so sehr auf die reale Betrachtung ankommt, sondern auf die Belastung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen, sind auch Größenordnungen für die Entwicklung des Staatsanteils in nominaler Rechnung berechnet worden. Werden auch die wohnungsbauwirksamen Teile des Programmpakets in die staatliche Güterverwendung einbezogen, so steigt der Staatsanteil zu jeweiligen Preisen von 23,5 vH in 1977 auf rund 27 vH im Jahre 1985[8].

Dieser Anteil verringert sich, je größer derjenige Teil des Programmpakets bemessen wird, für den eine nur teilweise Finanzierung über öffentliche

---

[6] Dieses Programm ist, ebenso wie die übrigen Aggregate der Nachfrage und der Produktion, zu Preisen des Jahres 1970 bewertet worden. Werden Preissteigerungen bis 1985 berücksichtigt, so ergibt sich für 1985 ein Programmumfang zu jeweiligen Preisen von 65 Mrd. DM.

[7] Die Wirkungen, die unter diesen Umständen vom öffentlichen Verbrauch ausgehen, lassen sich erreichen, wenn die Zahl der beim Staat Beschäftigten um weitere 30 000 auf insgesamt 50 000 Personen jährlich zunimmt. Zu vertreten ist eine solche Vermehrung allerdings nur, wenn sie sich nicht auf alle Aufgabenbereiche verteilt, sondern gezielt in denjenigen Bereichen erfolgt, in denen Bedarf besteht. Unberührt davon bleibt auch die Forderung nach einer Verminderung des Personalbestandes in denjenigen Teilbereichen, in denen er überhöht ist.

[8] Bei einem Preisanstieg für das BIP um 4 vH jährlich und einer Elastizität des Preisanstiegs für den öffentlichen Verbrauch in bezug auf den Preisanstieg des BIP von 1,5.

Wirkungen von Zukunftsinvestitionsprogrammen zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung

	1962	1972	1975	1976	1977	1985		
						status quo	Programm-wirkungen	Insge-samt
			Mrd.DM zu Preisen von 1970					
Privater Verbrauch	253,0	402,2	423,9	439,4	452,3	548	25	573
Öffentlicher Verbrauch	81,8	120,3	138,2	141,6	142,6	167	10	177
Investitionen	127,8	193,7	162,8	183,1	187,1	225	57	282
Anlageinvestitionen	122,3	191,3	165,4	173,7	178,4	215	55	270
Unternehmen[1]	67,4	107,3	93,7	100,7	105,4	134	35	169
Wohnungen	36,6	53,8	40,3	42,9	44,0	46	10	56
Staat	18,3	30,2	31,4	30,1	29,0	35	10	45
Vorratsveränderung	5,5	2,4	-2,6	9,4	8,7	10	2	12
Ausfuhr[2]	72,4	161,5	188,4	210,0	221,1	303	-	303
Einfuhr[2]	64,5	151,4	167,1	186,3	195,0	263	20	283
Außenbeitrag[2]	7,9	10,1	21,3	23,7	26,1	40	-20	20
Bruttoinlandsprodukt	470,5	726,3	746,2	787,8	808,1	980	72	1052
			Jahresdurchschnittliche Veränderung gegenüber dem jeweiligen Bezugsjahr in vH					
Privater Verbrauch	.	4,7	1,8	3,7	2,9	2,4	.	3,0
Öffentlicher Verbrauch	.	3,9	4,7	2,5	0,7	2	.	2,7
Anlageinvestitionen	.	4,6	-4,7	5,0	2,7	2,3	.	5,3
Unternehmen	.	4,8	-4,4	7,5	4,7	3	.	6,1
Wohnungen	.	3,9	-9,2	6,5	2,6	0,5	.	3,1
Staat	.	5,1	1,3	-4,1	-3,7	2,5	.	5,6
Ausfuhr[2]	.	8,4	5,3	11,5	5,3	4	.	4
Einfuhr[2]	.	8,9	3,3	11,5	4,7	3,8	.	4,8
Bruttoinlandsprodukt	.	4,4	0,9	5,6	2,6	2,5	.	3,4
			Struktur in vH					
Privater Verbrauch	54,4	55,4	56,8	55,8	56,0	55,9	.	54,5
Nachfrage des Staates	21,3	20,7	22,7	21,8	21,2	20,6	.	21,1
Anlageinvestitionen der Unternehmen	14,3	14,8	12,6	12,8	13,0	13,7	.	16,1
Investitionen in Wohnungen	7,8	7,4	5,4	5,4	5,4	4,7	.	5,3
Ausfuhr[2]	15,4	22,2	25,3	26,7	27,3	30,9	.	28,8
Einfuhr[2]	13,7	20,8	22,4	23,7	24,1	26,8	.	26,9
Außenbeitrag[2]	1,7	1,4	2,9	3,0	3,2	4,1	.	1,9
Bruttoinlandsprodukt	100	100	100	100	100	100	.	100

1) Einschl. Organisationen ohne Erwerbscharakter.- 2) Ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

Haushalte erforderlich ist. Eine 50prozentige Finanzierung der wohnungswirksamen Programmteile würde etwa 0,5 Prozentpunkte ausmachen.

Sehr viel stärker als diese Finanzierungsmodalitäten fallen jedoch diejenigen Effekte ins Gewicht, die von einem Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung auf die Transferzahlungen der öffentlichen Haushalte ausgehen und die in einer auf die Personal-, Sach- und Investitionsausgaben beschränkten Betrachtung nicht sichtbar werden. Bei 2 Mill. Arbeitslosen, wie sie unter Status-quo-Bedingungen 1985 zu erwarten sind, muß der private Verbrauch von etwa 4 Mill. Personen (7 vH der Bevölkerung) aus Transferzahlungen der öffentlichen Haushalte in Form von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Sozialunterstützung bezahlt werden. Auch wenn der Pro-Kopf-Verbrauch dieser Haushalte nur etwa 60 vH des Durchschnitts für die gesamte Bevölkerung beträgt, können 4 vH des gesamten Verbrauchs, in realer Betrachtung also mehr als 20 Mrd. DM und zu jeweiligen Preisen etwa 45 Mrd. DM, bei den Transferleistungen des Staates unter den Bedingungen einer weitgehenden Vollbeschäftigung eingespart werden.

Darüber hinaus bringt das Programm dem Staat im Jahr 1985 etwa 55 Mrd. DM zusätzlicher Einnahmen an Steuern und Sozialbeiträgen, wenn die derzeitige gesamtwirtschaftliche Abgabenquote (etwa 40 vH des Sozialprodukts) auf 1985 übertragen wird. Den zusätzlichen Einnahmen und Entlastungen in Höhe von 100 Mrd. DM stehen somit zusätzliche Ausgaben für das Programmpaket bei voller Finanzierung durch den Staat von 65 Mrd. DM gegenüber. Per Saldo führt dies zu einer Verbesserung der staatlichen Finanzierungsposition um 35 Mrd. DM gegenüber der Status-quo-Prognose, und damit zu keiner zusätzlichen Belastung, sondern im Gegenteil zu einer Entlastung des Staatshaushalts.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5. Seit Mitte 1975 sind erschienen:

Nr. 109 **Verkehrswege und Ersatzbedarf.** Von B. Bartholmai. 125 S. 1975. DM 38,60.

Nr. 110 **Modelle der Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West) bis zum Jahre 1990.** Von P. Ring und I. Pfeiffer. 115 S. 1975. DM 26,60.

Nr. 111 **Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland — Versuch einer Erfolgskontrolle der Subventionspolitik.** Von B. Dreher. 268 S. 1976. DM 69,60.

Nr. 112 **Alternative Entscheidungsstrukturen in einer Wirtschafts- und Währungsunion.** Von F. Franzmeyer. 70 S. 1976. DM 19,60.

Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 303 S. 1976. DM 78,60.

Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von D. Cornelsen, H. Machowski und K. E. Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.

Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland.** Von H. Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.

Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR** — Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Von Angela Scherzinger. 212 S. 1977. DM 64,60.

Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.

Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.

Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.

Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11
Präsident: Dr. Karl König
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.
Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung bearbeitet vom Arbeitskreis Arbeitsmarktperspektiven.
Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.